

paule heißt er ...

Die Burschenschaft Rheinfranken macht ihrem rechten Ruf mal wieder alle Ehre. Die deutschen Burschen haben den „Vertriebenen“-Funktionär Paul Latussek als Referenten eingeladen.

„Europa“ hört sich immer gut an. „Europa“ klingt irgendwie nach „Völkerverständigung“ und „Frieden“ (1). Wenn nun aber ein Funktionär der sogenannten „Vertriebenen“ (2) sich des Themas annimmt, um bei der rechtsextremen Burschenschaft Rheinfranken über den „EU-Beitritt Polens bzw. der osteuropäischen Länder aus Sicht der Heimatvertriebenen“ zu referieren, ist Vorsicht geboten. Wie passen nationalistische „Vertriebene“, die noch lange Zeit mit dem Panzer wieder gen Polen wollten, und die europäische Integration zusammen, bei der doch eine Reihe nationalstaatlicher Kompetenzen auf andere - „nicht-deutsche“ - Ebenen verlagert werden?

Wer ist eigentlich ... Paul?

Ende April 2004 musste Paul Latussek in Erfurt vor Gericht erscheinen. Die Staatsanwaltschaft warf ihm Volksverhetzung vor. Er habe in seiner Rede am 9. November 2001 auf dem Verbandstag des „Bund der Vertriebenen“ (BdV) Thüringen die Shoa, den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden, relativiert, so die Staatsanwaltschaft. Er habe im Zusammenhang mit der Zahl der ermordeten Menschen in Auschwitz von „Lügen“ gesprochen, die nicht mehr länger zu halten seien (3). Diese Aussagen provozierten einen Skandal und sein Name war tagelang in allen Medien präsent. Schließlich wurde es selbst dem BdV zu riskant, an der Person Latussek festzuhalten. Denn die thüringische Landesregierung for unter dem Druck der Öffentlichkeit kurzfristig ihre Zuschüsse an den BdV ein. Schließlich wurde Latussek von seinem Posten als Vize-Präsident des BdV entbunden, woraufhin die Landesregierung ihre finanzielle Unterstützung für den Verband wieder aufnahm (4).

Doch Latussek fiel mit diesem Skandal nicht zum ersten mal auf. Denn seit jeher gilt er selbst im eigenen Verband als Rechts-Außen. Seine politische Karriere begann er 1990 als Mitglied der Volkskammer für die Deutsche Soziale Union (DSU), eine konservative Sammlungsbewegung in der DDR, die damals kräftig von der bayerischen CSU gesponsert wurde, um WählerInnen rechts der CDU einzusammeln (5). Bei der Abstimmung über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze stimmte er in der Volkskammer gegen den Grenzvertrag (6), denn die gültigen Grenzen im Osten der BRD sind für ihn bis heute nur „Übergangslösungen“ (7). Seit ihrer Gründung bekannte sich die DSU zu den organisierten „Vertriebenen“, zu denen Latussek ein Bindeglied darstellte. Er hatte schon 1990 den Landesvorsitz des BdV in Thüringen übernommen und gehörte seit 1992 dem BdV-Präsidium an. Über diesen Weg kam er auch zu einem Posten im Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim Bundesinnenministerium, der die gesetzliche Aufgabe hat, die Bundesregierung „sachverständig“ zu beraten.

Latusseks Name ist auch immer wieder in verschiedenen Publikationen der extremen Rechten zu lesen. So in der „Deutschen Wochenzeitung“, der „Jungen Freiheit“, dem „Witiko-Brief“ oder dem neofaschistischen Theorieorgan „Nation & Europa“, wo er 1995 über die „Neue Aufgabe für den BdV“ aufklärte: „Es ist Aufgabe der deutschen Politik, mit Selbstbewusstsein und Mut zur geschichtlichen Wahrheit unserer Nation wieder den Platz in der Völkergemeinschaft zu geben, der unseren Traditionen, aber auch unserer Bedeutung als Kulturnation und Wirtschaftsmacht entspricht.“ (8) Sein Artikel erschien auch als Beitrag in einem Buch des rechten Hohenrain-Verlages. Darüber hinaus befindet er sich seit Jahren auf einer großen Odyssee durch die diversen Kleinstorganisationen der extremen Rechten. 1997 ließ er sich zum Vorsitzenden einer „Wählergemeinschaft deutscher Heimatvertriebener und Entrechteter“ wählen, wie die Junge Freiheit berichtete

(9) . In ihrem Grundsatzprogramm halluzinierte die Organisation von deutschen „Volksvertretern, die fremde Interessen“ durchsetzen; und als Ziel der NATO machten sie aus, „Deutschland unten“ zu halten. (10) 1998 tauchte Latussek dann beim rechten „Bund freier Bürger-Offensive für Deutschland - Die Freiheitlichen“ auf, wo er stellvertretender Landesvorsitzender wurde. 2000 legte er im Thüringer Landtag ein Flugblatt aus („Informationsmaterial über das Unrecht, das dem deutschen Volke angetan wurde“ (11)), in dem er die „willkürliche Verschiebung der deutschen Ostgrenze“ (12) und „Völkermord an den Ostdeutschen Stämmen“ beklagte. Heute, drei Jahre nach dem großen Skandal um seine Person, ist Latussek weiterhin Funktionär der „Vertriebenen“. Er ist Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, die treu zu ihrem Chef steht.

Latussek entging jetzt in Erfurt zwar einer Verurteilung, doch der zuständige Richter beschied, der Angeklagte habe in der Diskussion über die Gräueltaten im nationalsozialistischen Deutschland „sicher ein Foul begangen“ (13) . Zwar fänden sich die fraglichen Formulierungen eindeutig im Redemanuskript Latusseks wieder, doch sei ihm nicht nachzuweisen, dass er dieses dann auch selber auf der Veranstaltung verbreitet habe.

Die Europäisierung deutscher Interessen

Doch Latussek kann auch ganz anders. Seine aggressive Rhetorik, seine Kontakte ins rechtsextreme Milieu und seine offen benannten Positionen, was die Grenze zu Polen oder materielle Forderungen anbelangt, spiegeln nur eine Seite der Medaille wider. Denn die offizielle Linie der organisierten „Vertriebenen“ sieht mittlerweile anders aus. Während Latussek im Thüringer Landtag sein eigenes Flugblatt verteilte, legte er gleichzeitig auch eine Erklärung der BdV-Landesvorstände der fünf neuen Bundesländer aus. Darin sprechen sich die organisierten „Vertriebenen“ für einen „Verzicht auf Rache und Vergeltung“ aus und erklären ihre „Zustimmung zur Osterweiterung der Europäischen Union“ (14) . Damit folgen sie einer alten Tradition, denn schon in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ von 1950 wird auf „Rache und Vergeltung“ verzichtet und „die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas“ (15) als Ziel formuliert.

Unterzeichner der „Charta“ waren eine Reihe, z.T. hochrangiger Alt-Nazis: SS`ler, „Ostforscher“, Wehrmattsangehörige, NSDAP`ler - halt alles, was das untergegangene Deutsche Reich so zu bieten hatte. Holger Kuhr faßt zusammen: „Die ‚Charta´ wurde von Männern initiiert und formuliert, die während der NS-Zeit für das ‚deutsche Volkstum´ gekämpft hatten.“ (16) Der großspurige und, ja fast großzügig zu nennende, „Verzicht“ auf „Rache“ und Gewalt ist ein Hohn. Nur wenige Jahre nachdem Deutschland Europa in Schutt und Asche hatte und Millionen von Menschen aufgrund deutschen Rassenwahns und Expansionsgelüsten ermordet hatte, vermelden nun die Umgesiedelten und NS-Täter, sich gegen die verdiente Strafe nicht auflehnen zu wollen. Dieser oftmals so hochgehaltene „Gewaltverzicht“ war aber alles andere als ernstgemeint. Vielmehr war es den politischen Verhältnissen der Nachkriegszeit geschuldet - zur damaligen Zeit, nach der kompletten militärischen Niederlage des Deutschen Reiches und der völligen Entwaffnung - konnte nur ein Gewaltverzicht geäußert werden - jede andere Politik wäre unmöglich umsetzbar gewesen. So schlossen sie an ihr Bekenntnis zum „Frieden“ gleich eine Reihe von Forderungen zur „Wiedergewinnung“ der „Heimat“ auf anderem Wege an. Bei Nichterfüllung, so die implizite Drohung, wären wohl auch ihre Friedensschwüre hinfällig geworden.

Als „Grundlage zur Beseitigung der Unrechtsfolgen der völkerrechtswidrigen Vertreibung der Deutschen“ und zur Durchsetzung des „Rechts auf Heimat und die Pflicht zu einer angemessenen Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts“ wurde nun auf zwei Ebenen Politik gemacht: Zum einen auf einer Juristischen, wo es darum ging, ein „Recht auf Heimat“ zu konstruieren, gültiges Recht zu delegitimieren oder aufzuheben (z.B. die Beschlüsse der Alliierten zur Nachkriegsordnung auf den Konferenzen von Jalta und

Potsdam oder die Benes-Dekrete (17) etc.) und für die in den Ländern Osteuropas verbliebenen „Deutschen“ (oder wen man aufgrund von völkischen Zuschreibungen dafür hielt) sogenannte „Minderheitenrechte“ zu verschaffen (wohlgemerkt geht es dabei nicht um individuell einklagbare Menschenrechte, sondern um kollektiv verstandene Rechte für imaginierte „Volksgruppen“). Die zweite Ebene der Politik war das Vorantreiben der europäischen Einigung. Hier sollte den Ländern des RWG in Osteuropa eine starke, westliche und nicht-sozialistische Einheit entgegengesetzt werden, die zum einen eine „Magnetwirkung“ auf den Osten ausübte. Zum anderen war die Integration der BRD in einen europäischen Zusammenhang die einzige realistische Chance, mit dem post-nationalsozialistischen Staat wieder eine eigenständige, international handlungsfähige Kraft zu werden. Nationale Alleingänge der BRD waren vorerst einfach undenkbar. In den Unionsparteien war diese Strategie Regierungslinie. Franz Josef Strauß (CSU) fasste diese Politik unter dem Schlagwort „Europäisierung der deutschen Frage“ (18) zusammen. Die Europäisierung ihrer Forderung ist eine alte Strategie, die bereits 1950 in der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ wurzelt und heute in ihren Verbänden hegemonial geworden ist. Denn die „Vertriebenen“ hatten früh erkannt, dass die „europäischen Gemeinschaften ihr [der BRD] die Chance (gaben), weitgehend so zu agieren, wie das der Bundesrepublik sonst kaum vergönnt war: als gleichberechtigter Partner“ (19), wie Gregor Schöllgen schreibt. Und schließlich, so Schöllgen, „waren alle Bundesregierungen seit Adenauers erster Regierungserklärung der Überzeugung, dass die anzustrebende Wiedervereinigung Deutschlands nur in einem geeinten Europa vorstellbar sei“ (20). Ohne die Einbindung in die europäischen Gemeinschaften wäre dies nicht einmal eine theoretische Option gewesen. Das historische Interesse der „Vertriebenen“ an Europa erklärt sich somit vor allem in der Option auf einen starken, antisozialistischen Westen als Ausgangsbasis für den Zugriff auf die ehemaligen deutschen Gebiete. Aber auch heute hoffen sie weiterhin, ihre Interessen über die europäische Schiene umsetzen zu können. So verlangten sie z.B. (glücklicherweise erfolglos), dass die Rücknahme der sogenannten Benes-Dekrete, mit denen u.a. die Umsiedlung der „Sudetendeutschen“ aus der Tschechoslowakei geregelt wurden, Bedingung für einen EU-Beitritt der Tschechischen Republik werden würde. Über die Verankerung von „Minderheitenrechten“ in der europäischen Gesetzgebung sollen „Deutsche“ in den Staaten Osteuropas gestärkt und ihnen „kulturelle“ Rechte zugewilligt werden. Über ein „Europa der Regionen“ soll die Macht der Nationalstaaten geschwächt werden, so zumindest die Theorie, um „Volksgruppen“ in den betreffenden Gegenden zu stärken. Darüber hinaus geht es den „Vertriebenen“ auch um materielle Interessen. Latusek wird hier deutlich: In einer auch von ihm unterzeichneten Resolution des rechten „Zentralrates der vertriebenen Deutschen“ (ZvD) wird die Forderung nach sofortiger „Herausgabe ihres völkerrechtswidrig konfiszierten Eigentums und die unverzügliche Entschädigung der bisher entgangenen Nutzungsausfälle“ () aufgestellt. Auf einer Veranstaltung im November letzten Jahres bekräftigte er noch einmal „das Festhalten an den Eigentumsrechten der Vertriebenen“ (22) als bedeutenden Teil der Arbeit der organisierten Umgesiedelten.

Fußnoten

- (1) Liebes Kosmopolitbureau! In diesem Satz steht: Europa „hört sich (...) gut an“ und „klingt nach ...“; dort steht nicht: Europa bedeutet Frieden, etc. Nur damit ihr auch versteht ...
- (2) Da die Verwendung eines generalisierenden Oberbegriffes für den mehrphasigen Vorgang der Flucht/Vertreibung/Umsiedlung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute wissenschaftlich umstritten ist, werden wir die übliche Bezeichnung als „Vertriebene“ nicht übernehmen und ihn daher nur in Anführungszeichen verwenden. Nur für eine kurze Zeit vor dem Potsdamer Abkommen kann von einer wilden Vertreibung gesprochen werden, während

Umsiedlung und Flucht den größten Teil ausmachten. Der Begriff der „Vertriebenen“ wird vor allem zur moralischen Legitimation von Ansprüchen der Umgesiedelten verwendet. S. dazu: Samuel Salzborn: Heimatrecht und Volkstumskampf - Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Offizin Verlag, Hannover, , 2001, S. 16

- (3) s. dazu: Latussek als Vize-Präsident des Bundes der Vertriebenen abgesetzt, in: <http://heute.t-online.de/ZDFde/druckansicht/0,11242,00.html>
- (4) Ebenso wie auch alle anderen Bundesländer und die Bundesregierung den „Vertriebenen“ für sogenannte „Kulturarbeit“ Millionenbeträge bewilligt.
- (5) Zur DSU: Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin, 1996, S. 186ff.
- (6) www.ilmeneau.com/latussek.asp
- (7) zitiert nach: www.free.de/antifa/nrw/sommer97/paulla.html
- (8) zitiert nach: ebd.
- (9) Junge Freiheit, Nr. 51 / 1997
- (10) Samuel Salzborn: Paul und das Geld, in: jungle world, Nr. 2, 1998
- (11) zitiert nach: Samuel Salzborn: Heimat ohne Holocaust? „Vertreibung“ versus Vertreibung, in: Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hg.): Alte Herren - Neue Rechte, Münster, 2001
- (12) www.bdv-thueringen.de, 18.10.1999 „Was jeder Deutsche wissen sollte“
- (13) Ostthüringer Zeitung, 26.4.2004
- (14) zitiert nach: PDS Thüringen: Das Maß ist voll - Dokumentation, 2002, S. 29
- (15) nach: Holger Kuhr: Geist, Volkstum und Heimatrecht, 2000, Hamburg, S. 91
- (16) in: konkret, Nr. 5, Mai 2004, S. 29
- (17) Zur Diskussion um die Benes-Dekrete: Beppo Beyerl: Die Benes-Dekrete - Zwischen tschechischer Identität und deutscher Begehrlichkeit, 2002, Wien
- (18) Franz Josef Strauß: Herausforderung und Antwort, Seewald Verlag, 1968, S. 163
- (19) Gregor Schöllgen: Der Auftritt – Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, München, 2003, S. 42
- (20)
- (21) ebd.
- (22) Schlesische Nachrichten, Nr. 1, 2004, S. 3

Jetzt wird umgesiedelt! Latussek stoppen!